

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Sabine Dittmar, MdB



Berlin, 21. Oktober 2022

Liebe Leserinnen und Leser,



wir tun alles dafür, um die hohen Energiepreise für die Bürger:innen und Unternehmen abzufedern. Mit fast 100 Milliarden Euro finanzieren wir bereits jetzt Entlastungen für die Haushalte in Form von steuerlichen Maßnahmen und Direktzahlungen. Diese Entlastungen haben wir in den vergangenen Wochen und Monaten beschlossen und zügig umgesetzt. In dieser Woche folgte eine weitere, wir haben im Bundestag die Zahlung einer Energiepreispauschale für Rentnerinnen sowie einen weiteren Heizkostenzuschuss beschlossen. Den ersten Heizkostenzuschuss gab es im Frühjahr. Mit mindestens 415 Euro wird der Heizkostenzuschuss II die Mehrkosten in der anstehenden Kälteperiode für Wohngeldbezieher:innen bestmöglich abfedern.

Wir werden aber auch strukturell an die hohen Energiepreise herangehen. Wir werden Zufallsgewinne von Energieunternehmen abschöpfen und der Gesellschaft zurückgeben, um damit eine Strompreisbremse zu finanzieren. Parallel spannen wir einen Abwehrschirm gegen die Folgen des Krieges auf. Der Schirm umfasst 200 Milliarden Euro – viel Geld, mit dem wir unter anderem eine Gaspreisbremse, eine Einmalzahlung für Haushalte sowie wirtschaftliche Hilfen für Unternehmen finanzieren wollen. Den Abwehrschirm haben heute im Bundestag beschlossen.

Für das Jahr 2023 wird mit einem Defizit von 17 Milliarden Euro in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gerechnet. Leider ist auch für die kommenden Jahre mit einem geringeren Anstieg der Einnahmen zu rechnen. Gestern haben wir deshalb das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz beschlossen, um einen übermäßigen Anstieg der Zusatzbeiträge für Versicherte zu verhindern und die GKV finanziell zu stabilisieren. Um die Einnahmen der Krankenkassen zu erhöhen, ist für 2023 ein ergänzender Bundeszuschuss in Höhe von zwei Milliarden Euro vorgesehen, sowie ein Darlehen des Bundes von einer Milliarde Euro. Außerdem haben wir beschlossen, dass Hausärzt:innen künftig höhere Zuschläge für die schnelle Vermittlung von Terminen bei Fachärzt:innen erhalten, genauso wie Fachärzt:innen, wenn sie innerhalb kurzer Fristen Termine annehmen, die durch die Hausärzt:innen oder Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen vermittelt werden.

In dieser Ausgabe:

Bilder der Woche.....	2
Zitat der Woche.....	2
Podcast der Fraktion.....	2
Gaspreisbremse.....	3
Rentner:innen	4
Heizkostenzuschuss.....	4
GKV.....	5

Ihre

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Sabine Dittmar, MdB



Foto: Büro Dittmar/Manfred Hoffmann

Dreimal Mal im Jahr darf ich als Abgeordnete politisch interessierte Bürger:innen aus dem Wahlkreis nach Berlin einladen. In dieser Woche ist wieder eine Gruppe in der Hauptstadt unterwegs. Unter anderem standen das Arbeitsministerium, das Filmmuseum, das Humboldt-Forum, der Bundestag und natürlich eine Diskussionsrunde mit mir und meinen Mitarbeitern auf dem Programm. Am Samstag geht es wieder in die Heimat zurück. Ich hoffe mit vielen interessanten Eindrücken.

Bilder der Woche

2



Foto: MP/Isolde Krapf



Foto: Thomas Leiner



Foto: Emma Ferkinghof

Gleich drei ungewöhnliche und spannende Termine gab es am vergangenen Wochenende für mich. Erst durfte ich am Samstag den ersten Mobilitätstag der Brückenauser Allianz eröffnen (rechts). Am Nachmittag war ich dann Ehrengast bei der letzten Postkutschenfahrt des Jahres in Bad Kissingen (Mitte) und am Sonntag ging es zum Gesundheitstrinken beim Planfest in Rannungen (rechts).

Lage der Fraktion

- der Podcast

Die SPD-Fraktion gibt es auch zum Hören. Die „Lage der Fraktion“ ist die sozialdemokratische Gesprächsrunde zur Bundespolitik: Was haben wir vor? Was bringen wir voran? Und wo hakt es vielleicht auch noch? In meinem Newsletter stelle ich Ihnen die jeweils neueste Folge vor.

Zitat der Woche

„Die Aussage, dass es Sicherheit und Stabilität in Europa nicht gegen, sondern nur mit Russland geben kann - dieser Satz hat keinen Bestand mehr!“



SPD-Vorsitzender Lars Klingbeil zu Fehlern im Umgang mit Russland auf der Veranstaltung „Zeitenwende: Sicherheit und Frieden in Europa“ am 18. Oktober

ZERSTÖRT PUTIN UNSERE WIRTSCHAFT, VERENA?



Verena Hubertz kümmert sich als stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende unter anderem um das Thema Wirtschaft. Im Podcast erklärt sie, wie die Energiekrise uns am Ende sogar stärker und unabhängiger machen wird - und warum es gut ist, dass der Staat in diesem Winter so massiv eingreift und niemanden allein lässt.

Wer Reinhören will: Zum Podcast geht es [hier](#) oder mit einem Klick aufs Bild!



Abwehrschirm über 200 Milliarden Euro

Die Gaspreisbremse kommt

Die Ampel-Fraktionen haben den Abwehrschirm über 200 Milliarden Euro beschlossen, der auch eine Gaspreisbremse finanzieren soll.

Russland setzt weiterhin Energie als Waffe ein. Die Folgen sind explodierende Strom- und Gaspreise, die viele Menschen auch in Deutschland finanziell überfordern und unsere industrielle Basis und Arbeitsplätze gefährden.

Deshalb spannt die Ampel-Koalition einen **Abwehrschirm gegen die Folgen des Krieges und insbesondere gegen steigende Energiekosten** auf. Insgesamt 200 Milliarden Euro werden dafür bereitgestellt. Am Freitag wurde das für die Finanzierung notwendige Gesetz im Bundestag beschlossen.

Das Gesetz sieht die **Reaktivierung und Neuausrichtung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF)** vor, der ursprünglich Unternehmen helfen sollte, mit den Folgen der Corona-Krise umzugehen. Nun ist er um einen weiteren Zweck, den zur „**Abwehr schwerer wirtschaftlicher Schäden durch die krisenhafte Entwicklung auf den Energiemärkten**“, erweitert worden. Er wurde nun dazu ermächtigt, Kredite **in Höhe von 200 Milliarden Euro** im Jahr 2022 aufzunehmen.

Ein wichtiger Zweck dieses Schirms ist die Finanzierung von Maßnahmen, die die **Energiepreise senken**, wie auch eine **Gaspreisbremse**. Dazu hat eine Expertenkommission konkrete Vorschläge gemacht, die die Bundesregierung nun dabei ist, umzusetzen.

Die Kommission schlägt ein **zweistufiges Verfahren** vor: In einem ersten Schritt soll der Staat die **Abschlagszahlungen für Gas- und Fernwärmekunden für Haushalte und kleine Unternehmen diesen Dezember übernehmen**.

In einem zweiten Schritt soll für **Haushalte und kleinere Unternehmen ab Anfang März 2023** bis mindestens Ende April 2024 eine **Gas- und Wärmepreisbremse** greifen. Diese sieht für eine Grundmenge an Gas einen staatlich garantierten Bruttopreis inklusive aller auch staatlich veranlassten Preisbestandteile von 12 Cent pro Kilowattstunde vor. Oberhalb dieses Kontingents sollen Marktpreise gelten.

Das **Grundkontingent soll bei 80 Prozent des Verbrauchs** liegen, der der Abschlagszahlung für September 2022 zugrunde lag. Für Fernwärmekunden soll eine Wärmepreisbremse kommen. Analog zum Gaspreis soll es hier einen garantierten Bruttopreis von 9,5 Cent pro Kilowattstunde Fernwärme geben, wiederum für ein Grundkontingent von 80 Prozent des Verbrauchs.

Für die **Industrie** soll die Gaspreisbremse bereits ab **Januar 2023** gelten. Insgesamt beläuft sich das **Entlastungsvolumen durch diese Vorschläge auf rund 96 Milliarden Euro**.

Die **SPD-Fraktion** will sich nun im parlamentarischen Verfahren dafür einsetzen, dass die **Maßnahmen gerecht ausgestaltet** werden. Insbesondere geht es darum, dass jene Haushalte und kleine Unternehmen, die zwischen Dezember und März, wenn die Gaspreisbremse nach den Vorschlägen der Expertenkommission greifen soll, weitere Unterstützung brauchen, diese auch bekommen.



Hohe Energiepreise

300 Euro für Rentner:innen

Auch Rentner:innen und Pensionär:innen bekommen Unterstützung über eine Energiepauschale. Die Auszahlung erfolgt automatisch, am 15. Dezember.

Angesichts der steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten ist im **dritten Entlastungspaket eine Einmalzahlung** für Rentner:innen sowie Pensionär:innen des Bundes vorgesehen. In dieser Woche ist das Gesetz vom Bundestag verabschiedet worden.

Die **Pauschale beträgt 300 Euro** und ist steuerpflichtig, sie wird nicht auf Sozialleistungen angerechnet. Anspruch darauf hat, wer in Deutschland wohnt und am Stichtag 1. Dezember 2022 Anspruch auf eine Alters-, Erwerbsminderungs- oder Hinterbliebenenrente oder auf Versorgungsbezüge nach dem Beamten- oder dem Soldatenversorgungsgesetz hat.

Die **Auszahlung erfolgt automatisch durch die Rentenzahlstellen** und die Versorgungsbezüge zahlenden Stellen am 15. Dezember. Das Gesetz sieht außerdem vor, dass die **Obergrenze für sogenannte Midijobs** – also der Übergangsbereich, in dem Arbeitnehmer:innen geringere Sozialbeiträge zahlen – von 1.600 auf 2.000 Euro angehoben wird. Die Rentenansprüche reduzieren sich dadurch nicht.

Besonders Geringverdienende profitieren von dieser Neuregelung, da ihnen so **mehr Netto vom Brutto** bleibt. Außerdem wird durch die Erhöhung der Obergrenze der Anreiz erhöht, auch über einen Minijob hinaus erwerbstätig zu sein.

Hohe Energiepreise

Mehr Hilfe bei den Heizkosten

Vom zweiten Heizkostenzuschuss werden alle Haushalte profitieren, die mindestens einen Monat zwischen dem 1. September und 31. Dezember 2022 wohngeldberechtigt sind – darunter viele Bafög-Empfänger.

Für die im Jahr 2022 erwarteten Mehrbelastungen für Haushalte wird ein **zweiter Heizkostenzuschuss** ausgezahlt, hat der Bundestag in dieser Woche beschlossen.

Vom zweiten Heizkostenzuschuss in diesem Jahr werden alle Haushalte profitieren, die in **mindestens einen Monat zwischen dem 1. September und 31. Dezember 2022 wohngeldberechtigt sind**. Das sind 660.000 Haushalte, sowie 372.000 Geförderte nach dem Bafög, 81.000 Geförderte mit Unterhaltsbeitrag nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz und 100.000 Personen, die Berufsausbildungsbeihilfe oder Ausbildungsgeld beziehen.

Der **Heizkostenzuschuss II erhöht sich von 270 Euro für einen Ein-Personen-Haushalt auf 415 Euro**. Für einen Zwei-Personen-Haushalt sind es 540, statt zuvor 350 Euro. Und je weiterer Person im Haushalt werden nun 100 Euro (ein Plus von 30 Euro) gezahlt. Beziehende von Leistungen nach dem **Bafög** und Ausbildungs- und Berufsausbildungsbeihilfen erhalten **345 Euro statt zuvor 230 Euro**.



Gesetzliche Krankenversicherung

Eine stabile Finanzierung sichern

Die Ampel-Koalition begrenzt den Anstieg der Zusatzbeiträge zur GKV. Zudem sollen Hausärzt:innen höhere Zuschläge für die schnelle Vermittlung von Terminen bei Fachärzt:innen erhalten.

Für das Jahr 2023 wird mit einem **Defizit von 17 Milliarden Euro** in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gerechnet. Durch den **demografischen Wandel** und die zu erwartende **rückläufige Zahl der Beschäftigten** ist auch für die kommenden Jahre mit einem **geringeren Anstieg der Einnahmen** zu rechnen, während auf der Ausgabenseite mit einer deutlichen Zunahme zu rechnen ist.

Ziel des in dieser Woche verabschiedeten **GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes** ist es, einen **übermäßigen Anstieg der Zusatzbeiträge für Versicherte zu verhindern** und die GKV finanziell zu stabilisieren.

Um die Einnahmen der Krankenkassen zu erhöhen, ist für 2023 ein ergänzender **Bundeszuschuss in Höhe von zwei Milliarden Euro** vorgesehen, sowie ein Darlehen des Bundes von einer Milliarde Euro. Hinzu kommen vier Milliarden Euro aus den nicht notwendigen Finanzreserven der Krankenkassen und weitere 2,4 Milliarden Euro aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds.

Um die Ausgaben der Krankenkassen zu senken, ist für 2023 ein erhöhter Herstellerabschlag um fünf Prozent auf Arzneimittelprodukte vorgesehen. Darüber hinaus müssen auch Apotheker:innen, Ärzt:innen und Zahnärzt:innen ihren Beitrag zur Deckung des Defizits leisten.

Durch diese Maßnahmen kann ein **übermäßiger Anstieg der Zusatzbeiträge zum 1. Januar 2023 vermieden werden**. Derzeit wird von einer durchschnittlichen Erhöhung von bis zu 0,3 Prozentpunkten ausgegangen.

Die **SPD-Fraktion** konnte im parlamentarischen Verfahren **mehrere wichtige Änderungen** durchsetzen: Hausärzt:innen sollen etwa **höhere Zuschläge für die schnelle Vermittlung von Terminen bei Fachärzt:innen** erhalten, genauso wie Fachärzt:innen, wenn sie innerhalb kurzer Fristen Termine annehmen, die durch Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen und von Hausärzt:innen vermittelt werden. Zudem konnten die Fraktion erreichen, dass das **Schonvermögen für kleine Krankenkassen auf vier Millionen Euro erhöht wird**. Außerdem wurde die Bezahlung der Parodontitis-Behandlung – also einer bakteriellen Zahnerkrankung – für Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen verbessert.